

Einladung zum BundeslehrerInnentag

von Österreichischer LehrerInnen Initiative und Unabhängiger Bildungsgewerkschaft am

Mittwoch, 19. März 2014,

ab 8⁴⁵ Uhr, Volkshaus Dornach

Niedermayrweg 7, 4040 Linz-Urfahr.

Der Besuch ist allen öö. BundeslehrerInnen gemäß LSR-Erlass gestattet, es ist dies nur rechtzeitig in der Direktion zu melden. (Du brauchst nicht melden, zu welcher Fraktion du gehst!) Andere können teilnehmen, wenn's als Fortbildung genehmigt wird. Um freiwillige Beiträge wird gebeten. Anmeldung ist nicht erforderlich.

Programm:

8:45 Uhr: Büchertische, Info-Stände, Gespräch mit KollegInnen von ÖLI-UG und UBG

9:00 Uhr: Begrüßung, ÖLI- und UBG-Informationen

9:15 Uhr:

Dienstrechtsreform

Information und Gespräch mit Josef Gary Fuchsbauer vom Verhandlungsteam der GÖD-ARGE-LehrerInnen

10.00 Uhr:

Müssen sich LehrerInnen von Politik und Medien alles gefallen lassen?

Ulla Kramar-Schmid und Christa Zöchling,

Redakteurinnen des **profil,**

stellen sich nach Kurzreferaten

der Diskussion mit uns LehrerInnen

12:30 Uhr: Mittagessen – Möglichkeit zum weiteren Gedankenaustausch mit KollegInnen von ÖLI und UBG. Speisen und Getränke werden von ÖLI und UBG finanziert.

APS-Lehrer/innen sind mittelfristig die wahren Verlierer

Folgen des neuen Dienstrechtes, wie sie so noch nicht diskutiert wurden



Manfred Sparr, sparr@oeli-ug.at

Lehrer/innen sind die schlechtest bezahlten Mitarbeiter/innen mit Masterausbildung im Bundes- und Landesdienst

Da will doch keine/r mehr Lehrer/in werden?

Von BM Heinisch-Hosek, BM Schmid und den vielen mäßig informierten Politiker/innen haben wir unisono und immer wieder gehört: Alle Lehrer/innen in Österreich sollen eine universitäre Masterausbildung machen und einheitlich für ihre Arbeit bezahlt werden. Alle Lehrer/innen sind gleichwertig.

Stimmt doch nicht!

Wenn es um die Bezahlung geht, sind der Österreichischen Regierung die Lehrer/innen deutlich weniger wert als alle anderen Bundes- und Landesbediensteten. Ein Vergleich der Lebensinkommen entsprechend der Gehaltstabellen für Akademiker/innen in Bundes-/Landesdienst mit der Gehaltstabelle pd nach neuem Dienstrecht für Lehrer/innen macht diese Entwicklung deutlich. Die von allen gewünschte Masterausbildung für alle PädagogInnen – die für den größten Teil eine doppelt so lange Ausbildung als bisher erforderlich macht – spiegelt sich aber im Gehalt nicht wider. Ganz im Gegenteil, das Lebensinkommen wird nicht auf Masterniveau angehoben, sondern auf ein Bachelorniveau für alle gekürzt.

Die Folge: Kommt das neue Dienstrecht, sind alle neuen Lehrer/innen die am schlechtesten bezahlten Mitarbeiter/innen im Bundes- und Landesdienst mit Masterausbildung.

Das ist ungerecht und demotivierend. Ein höheres Anfangsgehalt für die ehemaligen L2a2-Lehrer/innen und die Tatsache, dass zukünftig Lehrer/innen einzelner Fächergruppen an AHS/BMHS auch so wenig verdienen wie ihre KollegInnen in den Volks- und neuen Mittelschulen, macht die Sache nicht fairer. Dafür gibt es eine ordentliche Portion Mehrbelastung und Zusatzarbeit für alle

Lehrpersonen, unabhängig ob sie in der Primar-, Unter- oder Oberstufe unterrichten. Dass zukünftig alle PädagogInnen mit „Professorin“ oder „Professor“ titulierte werden (dürfen), ist wohl kein Trost, sondern überschreitet die Grenze des gemeinen Zynismus deutlich.

Auch keine Rede von fairer gleichmäßiger Belastung aller Lehrer/innen.

Vieldiskutiert und größtenteils unwidersprochen sind die massiven negativen Auswirkungen des neuen Dienstrechtes auf AHS und BMHS. Über die Nachteile für die APS wird nicht oder nur am Rande gesprochen. Das ist verwunderlich, ist doch die APS finanziell davon mittelfristig in einem hohen Ausmaß negativ betroffen. Analysiert man die Auswirkungen des Entwurfs im Detail, erkennt man, dass eine Gleichstellung aller Lehrer/innen damit nicht geschaffen wird und die Mehrbelastung im Primar- und Unterstufenbereich schmerzlich zunehmen wird.

Elementarpädagogik wird ignoriert

Weiters fehlt im Dienstrechtspaket der Kindergarten und damit die Aufwertung der Arbeit der KindergartenpädagogInnen. Sie ist unverzichtbar für einen erfolgreichen und motivierenden (auch für die Lehrer/innen) Unterricht. Das Ignorieren der Elementarpädagogik wird die pädagogische und erzieherische Arbeit vor allem im Primarbereich noch schwieriger machen, als sie schon heute ist.

Keine Unterstützung durch professionelles Supportpersonal

Laut OECD fehlen mindestens 13.500 zusätzliche Stellen für unsere Schulen. Das sind vor allem professionelle pädagogische Unterstützungskräfte, wie PsychologInnen, SozialarbeiterInnen, LogopädInnen/SprachheilerInnen, FreizeitpädagogInnen etc. und administratives Supportpersonal, wie Sekretariats- und Administrationskräfte etc. Unverbindlich zugesagt wurde uns nur ein Siebtel (2000) der erforderlichen Anzahl an Unterstützungskräften. Viel zu wenig! Außerdem ist zu erwarten, dass die zugesagten Stellen nicht mit den am dringendsten gebrauchten Professionen, sondern aus Spargründen zum allergrößten Teil mit an der PH im Schnellkurs ausgebildeten und damit „billigen“ FreizeitpädagogInnen und mit schon jetzt sehr schlecht bezahlten SekretärInnen besetzt werden. Der Primar- und Unterstufe werden die FreizeitpädagogInnen zugewiesen, denn die Ganztageschule darf das Budget nicht belasten. Die wenigen Stellen für das „teure“, bestausgebildete pädagogische Supportpersonal werden nach langem Suchen in der Oberstufe zu finden sein.

Alle „Bachelorpädagog/innen“ sind in den Primar- und Unterstufen, „Masterpädagog/innen“ dürfen (müssen) in die Oberstufe

Zwei wichtige Passagen im Entwurf zum neuen Dienstrecht werden in einigen Jahren dazu führen, dass der Anteil der PädagogInnen mit einem Bachelorstudium nicht wie erwartet deutlich sinken wird, sondern ein nicht zu vernachlässigender Teil der jungen Lehrkräfte, die unter das neue Dienstrecht fallen, den Master nicht abschließt.

Laut neuem Dienstrecht können sie nach fünf Jahren gekündigt werden. Werden sie nach fünf Jahren trotz fehlendem Masterabschlusses weiter beschäftigt, wird ihr Vertrag unbefristet, dürfen aber nur in der Primar- u. Unterstufe unterrichten. Wegen des künftigen Lehrer/innenmangels, werden solche Kündigungen wohl selten bleiben. Diese Aussicht vermindert die Motivation das aufwändige Masterstudium abzuschließen. Kommen noch Kindererziehung, die vorgezeichnete schulische Mehrbelastung und private Gründe dazu, rückt der Master für viele, vor allem Lehrerinnen, in weite Ferne.

Dazu kommt, dass nach neuem Dienstrecht alle Lehrer/innen aller Schultypen notfalls in allen Schultypen/Fächern eingesetzt werden können. Ein Semester bis ein Jahr kann das auch gegen ihren Willen erfolgen. Erst danach ist die Zustimmung der LehrerInnen erforderlich. Aufgrund des neuen Dienstrechtes wird in einigen Fächern der Oberstufe (vor allem in BMHS) der gravierende Mangel an Lehrer/innen dazu führen, dass Lehrpersonal mit Masterausbildung aus der Primar- und Unterstufe eingesetzt werden muss. Es wird also so bleiben wie es ist. Die „Akademiker“ in der Oberstufe und die Lehrer/innen mit „nur“ Bachelor in der Volks- und Neuen Mittelschule. Wenn die BMHS nicht wegen fehlendem Lehrpersonal abgeschafft werden soll, müssen für FachtheoretikerInnen (TechnikerInnen, WirtschaftspädagogInnen) bald deutliche Gehaltsnachbesserungen folgen. Davon würden alle Obestufenlehrer/innen, aber aus Budgetgründen die KollegInnen in den Primar- u. Unterstufen dann ziemlich sicher nicht profitieren. Zumal der Einkommensunterschied in ein paar Jahren ja wieder mit dem unterschiedlichen Grad der Ausbildung argumentiert werden könnte...

Also von wegen: Alle Lehrer/innen in Österreich sollen eine universitäre Masterausbildung machen und einheitlich für ihre Arbeit bezahlt werden und alle Lehrer/innen werden gleichwertig behandelt...

Das neue Dienstrecht und die Pflichtschule



Andreas Chvatal, chvatal@oeli-ug.at,
apflug, ÖLI-UG-Mandatar d. Bundeslei-
tung d. PflichtschullehrerInnengewerksch.

Was ist nicht alles geschehen wegen des neuen Dienstrechts (DR) für LehrerInnen. Fast die gesamte österreichische Medienlandschaft hetzte gegen die LehrerInnen und deren Gewerkschaften, die mit ihrem Nein zum neuen DR angeblich Schulreformen verhindern würden. Die Gewerkschafter seien „Betonierer“, die meisten LehrerInnen reformscheue MinderleisterInnen. Um welche Schulreformen es sich handeln würde und warum das neue DR dafür unbedingt erforderlich sei, hat bis heute keinE JournalistIn und keinE PolitikerIn erklärt. Kein Wunder, es gibt keinen zwingenden Zusammenhang zwischen Schulreform und DRneu.

Um das neue DR durchzudrücken, beendete BM Heinsich-Hosek im Namen der Regierung die Sozialpartnerschaft. Der Beschluss des neuen DR im Nationalrat wurde von einer Öffentlichkeit bejubelt, die den Unsinn mit den angeblich mehr als dreißig Verhandlungsrunden bereitwillig glaubte.

Hunderte ablehnende Stellungnahmen zum Gesetzesentwurf wurden in der Begutachtungsphase einfach ignoriert. Nun ist ein Gesetz inkraft, welches (1) für Schulreformen völlig bedeutungslos ist, (2) für AHS- und BMHS-LehrerInnen eine beträchtliche Verschlechterung bedeutet und (3) für die neuen PflichtschullehrerInnen nur relativ geringfügige Änderungen bringen wird.

Der dritte Punkt soll hier kurz beleuchtet werden. Ein Vergleich der Gehaltsstufen des neuen DR mit dem alten Pflichtschulgehaltsschema I2a2 über einen Zeitraum von 40 Dienstjahren zeigt, dass das neue DR für die meisten neuen PflichtschullehrerInnen *hinsichtlich Bezahlung* sogar vorteilhaft sein wird. Alle neuen Lehrkräfte, die die Optionsmöglichkeit haben, werden das neue DR nehmen. Bei diesem Vergleich wurden für HS/NMS-LehrerInnen (derzeit 21 Unterrichtsstunden) im alten Schema zwei lebenslange DauerMDL dazugerech-

net. Dies deshalb, weil im neuen DR die Arbeitszeit mit 22 Unterrichtsstunden + 2 Beratungsstunden festgelegt ist. Wegen der im neuen DR vorgesehenen Zulagen für D, M und E ist der Gesamtverdienst über 40 Jahre dort besser. Selbst wenn jemand nur für fünf Stunden die Zulage bekommt, ist ihr/sein Gesamtverdienst im neuen DR um 2% höher.

Die Rechnung für neue VolksschullehrerInnen sieht ein wenig anders aus. Sie unterrichten ja auch schon im alten DR 22 Wochenstunden. Für NeueinsteigerInnen kommen also nur die zwei Beratungsstunden dazu. Auch wenn für diese beiden Stunden im alten DR eine DauerMDL dazugerechnet wird, ist der Verdienst über 40 Jahre im DRneu um etwa 3,3% höher. Außerdem muss bedacht werden, dass die neuen PflichtschullehrerInnen im neuen DR erheblich höhere Anfangsgehälter bekommen. Erst nach gut 20 Dienstjahren „überholt“ das alte I 2a 2 Schema die Gehaltskurve des neuen DR. Ein sehr attraktiver Anreiz!

Im Vergleich zu *Lehrpersonen* an AHS/BMHS fahren die neuen Pflichtschullehrer/innen mit dem neuen DR weit besser. Ihre Mehrarbeit wird durch höhere Bezahlung kompensiert. Der schwerste Nachteil ist wohl, dass die neue, um mindestens ein Jahr längere, Ausbildung im neuen DR einfach nicht beachtet wird. Die Bezahlung sollte sich doch am derzeitigen Gehaltsschema für akademisch ausgebildete Lehrkräfte orientieren. Die Motivation neuer PflichtschullehrerInnen ein Masterstudium zu absolvieren, wird sich deshalb in Grenzen halten. Das neue DR wirkt somit der Intention der neuen LehrerInnen ausbildung entgegen.

Die PflichtschullehrerInnen werden also ein neues DR haben, das zwar mangelhaft aber doch einigermaßen erträglich ist. Warum sollte dies nicht auch für die neuen Lehrkräfte an AHS und BMHS möglich sein? Eine Umsetzung des neuen DR in der geplanten Form bedeutet, dass in diesem Bereich beträchtliche Arbeitszeiterhöhungen bei gleichzeitigen Lohnkürzungen Realität würden. Bleibt zu hoffen, dass die Zeit bis zum endgültigen Inkrafttreten des neuen DR 2019 genützt wird, um noch entsprechende Änderungen vorzunehmen.

Wieder einmal ist auf 8 Seiten zu wenig Platz: In der elektronischen Kreidekreis-Ausgabe oeli-ug.at/krkr1401e.pdf geht es weiter: Seite 9: "Geburtstagswünsche und Feedback für die Ministerin"; S.10: "Von der Seele geschrieben"; S.11: "Der versuch einer hypothetischen analyse (Sanktpröllten u. d. michaelhilferstraße)", S.12: Reinhart Sellner zur aktuellen Situation

Impr.: ÖLI-UG, Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie, a@oeli-ug.at, 0680 2124358, 4643 Pflasterw.7. Redaktion: Gary Fuchsbauer u.d.ArtikelautorInnen. Papieraufgabe 24000. **Kreidekreis** = ÖLI-UG-Information/Diskussionsorgan. Wir finanzieren uns durch unsere LeserInnen: ÖLI-Konto: PSK (60000) 78420320, IBAN: AT526000000078420320, BIC: OPSKATWW.

Kontaktaufnahme mit ÖLI:

Du hast Fragen zum Dienstrecht, zu deinem Vertrag, zu Vorgängen in der Schule, zu Personalvertretung oder Gewerkschaft? Du möchtest Anregungen geben, was die LehrerInnenvertretungen auf Landes-/Bundesebene aufgreifen sollen? Oder willst selbst in parteiunabhängiger LehrerInnen-Berufsgemeinschaft aktiv werden? Nimm Kontakt mit uns auf. ÖLI-MandatarInnen und Kontaktpersonen findest du auf www.oeli-ug.at/index.php?id=98 „Wir über uns“, entweder in der linken Spalte „ÖLI-UG Ansprechpersonen“ oder in der rechten Spalte das Bundesland anklicken. Wenn du öfter per Mail von uns informiert werden willst, schreib uns: a@oeli-ug.at.

Zwei Reparaturvorschläge für das neue DR:
1) Schaffung eines zusätzlichen, besseren Gehaltsschemas für Master, welches die Verluste im Vgl. zum jetzigen I1-Schema kompensiert.
2) Nur 11 Unterrichtsstunden/Wo. im 1. Dienstjahr zur Erleichterung des Masterstudiums.

Wie wurde gerechnet?

HS/NMS: Gesamtverdienst im neuen DR über 40 Jahre + Zulage für 5 Stunden = 100% (Annahme: Nur sechs Jahre in der ersten Gehaltssufe). Gesamtverdienst in I 2a 2 über 40 Jahre + 2 DauerMDL = 97,9%

VS: Gesamtverdienst im neuen DR über 40 Jahre = 100% (Annahme: Nur sechs Jahre in der ersten Gehaltssufe). Gesamtverdienst in I 2a 2 über 40 Jahre + 1 DauerMDL = 96,7%

Tatsächlich **bringt das neue Dienstrecht** für alle bisherigen L2a2-LehrerInnen sowie die L1 in den Lehrverpflichtungsgruppen 3-5 durch die geringeren Zulagen (wenn auch durch geringere Vor-/Nachbereitungszeit begründbar) **auf Dauer einen großen Gehaltsunterschied** zwischen
a) VS-Lehrer/in, NMS-/AHS-/BS-/LdWS-/BMHS-Lehrer/in mit Fächern ohne Zulage (Grundgehalt 2420-4330, im Schnitt über 41 Jahre **3560 Euro**),
b) Sek 1 Lehrer/in mit (teilweise) Fächern mit 24 Euro Zulage (bei 11 Zulagenstunden sind das 264 € pro Monat 12mal im Jahr, im Schnitt also **3786 €** und somit um **6,4%** mehr als VS-LehrerInnen),
c) Sek 2 Lehrer/in mit Fächern mit 12 Euro Zulage (bei 22 Stunden sind das ebenfalls 264 €),
d) Sek 2 Lehrer/in mit Fächern mit 30 Euro Zulage (bei 20 Std. sind das 600 Euro 12mal im Jahr, im Schnitt also **4074 €**, um **14,4%** mehr als VS-L.). In www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/BNR/BNR_00001/fname_334508.pdf ist der **Gesetzestext**, in oeli-ug.at/NDR20131217kom.pdf seine Entwicklung in den letzten Monaten und einige Kommentare.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Die alt-neue Regierung mit ihrer "neuen" Agenda für die kommende Legislaturperiode macht es uns selbstständig Denkenden und hoffentlich Wehrbereiten nicht besonders schwer, uns sinnvoll für ein besseres Bildungswesen zu engagieren.

Da sind einmal die drohenden weiteren Einsparungen und das beabsichtigte Beibehalten eines antidemokratischen, im konkreten Konfliktfall sehr erniedrigenden autoritären Dienstrechts. Die Ankündigung von "mehr Schulautonomie" dürfen wir zu Recht als gefährliche Drohung auffassen. Es soll nämlich eine ausgebaute Dominanz der Schulleitungen werden und keine Einrichtung von zeitgemäßen Umständen für demokratische Entscheidungsfindungen am Schulstandort.

Nur eine Schule, in der sich unter mindestens zumutbaren Arbeitsbedingungen alle Beteiligten auf Augenhöhe und mit dem gebotenen Respekt begegnen können, kann Zukunft haben. Die ÖLI-UG hat unter beträchtlichem Arbeitsaufwand ein Modell eines neuen, fairen und attraktiven LehrerInnen-Dienstrechts ausgearbeitet, das wir der zuständigen Ministerin gesandt haben, bei ihr aber wenig Einsicht ausmachen können. In diesem Modell (siehe www.oeli-ug.at/Dienstrecht.pdf), wird auch auf die unterschiedliche Belastungsintensität der einzelnen Fächer und Aufgaben sowie eine geänderte Form des "Unterrichtens" in der Zukunft eingegangen. Stattdessen ist zu befürchten, dass mit weiteren Sparpaketen das öffentliche Unterrichtswesen weiter hinunter gefahren und damit die Attraktivität von Privatschulen für die Kinder von begüterten Eltern gesteigert werden soll. Wir sehen es dennoch als

vordringliche Aufgabe eines Gemeinwesens, *sämtlichen* Mitgliedern optimale Bildungschancen anzubieten, von der Elementarpädagogik bis zu den einzelnen universitären Studienrichtungen. Das Geld wäre vorhanden, die Regierungsparteien wollen aber weiterhin Jahr für Jahr wirklich reichen ErbInnen Milliardenbeträge schenken, anstatt das Vorhandene für die dringlichen Bildungsaufgaben einzusetzen.

Längere Ausbildung der NeulehrerInnen für ein kommendes Gehalt, das nur wenig über dem der jetzigen Pflichtschul-KollegInnen liegen wird, sowie zusätzliche Unterrichtsverpflichtung bedeuten schlicht eine Frechheit, und so sollte man das auch nennen. Die dafür zuständige ArbeitnehmerInnen-Vertretung, nämlich die GÖD-Gewerkschaft, befindet sich in Geiselhaft der beiden Regierungsparteien und hat in entscheidenden Belangen ein Demokratieverständnis aus dem 19. Jahrhundert, dabei sind wir inzwischen im 21. angelangt. Hier weiter Druck zu machen ist eine deutliche Aufgabe der ÖLI-UG und ihrer Dachorganisation UGÖD, der Neugebauer & Co weiter ihren zustehenden Vorstandssitz in der GÖD verweigern wollen. Die Gerichtsverfahren laufen in mehreren Instanzen. Erst eine demokratische Gewerkschaft kann die bevorstehenden Aufgaben bestmöglich bewältigen.

Sie haben gegen Jahresende eine der wenigen Möglichkeiten, auch als Einzelperson mitbestimmen zu können, nämlich bei den **Personalvertretungswahlen 2014**. Je weniger Stimmen die Listen der Regierungsparteien erhalten und je deutlicher die überparteiliche Liste der ÖLI-UG gestärkt wird, desto bessere Position hat unsere Arbeitnehme-

rInnen-Vertretung gegenüber dem Arbeitgeber Bund und Länder. Wir brauchen auf keine Parteibeschlüsse Rücksicht nehmen und können uns voll auf die pädagogischen und dienstrechtlichen Belange konzentrieren. Umso besser werden die Chancen auch für die Möglichkeit einer **Urabstimmung** über Verhandlungsergebnisse. Gerade die deutschen SozialdemokratInnen haben 2013 bei den dortigen Regierungsverhandlungen bewiesen, **welche Stärke** abschließende Urabstimmungen bei Verhandlungen erzeugen: CDU/CSU mussten die Urabstimmung unter den SPD-Mitgliedern während aller Verhandlungen berücksichtigen und konnten so die SPD nicht einfach über den Tisch ziehen. Deshalb auch unsere Forderung nach Urabstimmung aller LehrerInnen über alle wesentlichen Verhandlungsergebnisse zwischen Gewerkschaft und Regierungsseite.

2014 wird also ein interessantes Jahr für LehrerInnen-Belange werden. Sie brauchen sich nicht sonderlich zu scheuen, der überparteilichen Liste ÖLI-UG bei den PV-Wahlen ihre Zustimmung zu erteilen. Wir sind Ihnen auch nicht böse, wenn Sie im Bekannten- und KollegInnenkreis für diese Möglichkeit einer Verbesserung der LehrerInnen-Situation dezent werben. Und wir unterstützen Sie bei der Organisation der Kandidatur.

Denn **nur dort wo KollegInnen als ÖLI-UG kandidieren, kann auch ÖLI gewählt werden.**

Viel Kraft, Selbstbewusstsein und Zuversicht für 2014 wünscht Ihnen Wilfried Mayr, ÖLI-Vors., mayr@oeli-ug.at



Impressionen von Ballhaus- und Heldenplatz am 18. Dezember 2013



Zum Widerstand gegen das Lehrer_innendienstrecht



Christian Schwaiger, schwaiger@oeli-ug.at
AHS-Bundesleitung, FA-AHS Tirol

40.000 folgten am 18. Dezember dem Aufruf von GÖD und Gewerkschaft der Gemeindebediensteten zu einer Großkundgebung am Ballhaus- und Heldenplatz. Im Aufruf der GÖD-Tirol stand: „Das Gehaltsangebot für 2014 ist unakzeptabel! Bundesregierung verlässt Sozialpartnerschaft und verzögert!“

Am Vortag war im Parlament unter klarem Bruch der Sozialpartnerschaft das neue Lehrer_innendienstrecht beschlossen worden, was Kollege Neugebauer in seiner Rede kurz erwähnte. Den Transparenten war zu entnehmen, dass es vielen Demonstrierenden vor allem um diesen Angriff auf das österreichische Schulwesen ging, die SN schrieb am nächsten Tag sogar von „der erdrückenden Überzahl der Lehrer unter den Demonstranten“ und beendete die eine Seite lange Berichterstattung mit der Aussage eines Kollegen vom BORG Linz: „Wir fordern als Lehrer großzügige Investitionen ins Bildungssystem: Statt in Eurofighter und kaputte Banken in die Schule investieren.“

Vor dem Beschluss des Dienstrechts im Parlament hatte es 1700 meist negative Stellungnahmen auf der Parlamentswebseite gegeben, Dienststellenversammlungen am 5. Dezember und dezentrale Demonstrationen wie zB in Bregenz, Salzburg, Graz oder Wien.

Chronologie – fokussiert auf die Beschlüsse der AHS-Gewerkschaft

„Die Bundesleitung (BL) der AHS-Gewerkschaft beschließt (am 15. Nov.), in Abstimmung mit den anderen Lehrergewerkschaften und der gesamten GÖD alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu ergreifen, um den von der Regierung vorgelegten Dienstrechts-Entwurf zu verhindern. Dieses stellt einen existenzbedrohenden Anschlag auf das österreichische Schulwesen dar. Ein Bruch der Sozialpartnerschaft ist inakzeptabel.“

Die GÖD beschließt am 20. Kampfmaßnahmen wegen Gehaltsforderung und Lehrer_innendienstrecht, der ÖGB-Vorstand billigt dies am Tag darauf, damit wäre ein allfälliger Streik möglich.

Zu den vom Zentralausschuss angeregten Dienststellenversammlungen bekräftigt das Rundschreiben (RS) 7 der AHS-

Gewerkschaft vom 25. 11.: „Die Versammlungen am 5. Dezember sind selbstverständlich nur ein erster Schritt in unserem gemeinsamen Kampf gegen das qualitäts-, leistungs- und arbeitnehmerfeindliche Lehrerdienstrecht und den Bruch der Sozialpartnerschaft durch die Bundesregierung.“

Am 9. Dezember, der Text der Dienstrechts-Novelle 2013 - Pädagogischer Dienst war inzwischen von der Regierung beschlossen worden und lag im Verfassungsausschuss, fand wieder eine BL-Sitzung statt: „Sollte das neue Lehrerdienstrecht ohne Änderung aller Hauptkritikpunkte beschlossen werden, wird die AHS-Gewerkschaft in Abstimmung mit den anderen Lehrergewerkschaften und der GÖD zum Streik aufrufen.“ (RS 9 vom 9.12.) Also kein Streik vor der erwarteten Beschlussfassung im Parlament am 17., sondern danach, der Antrag der ÖLI-UG auf einen Streik am 16. fand keine Mehrheit. Eine Bestreikung der mehrtägigen Schulveranstaltungen mit Übernachtung im Inland (außer den schon gebuchten), wie in 50 Stellungnahmen von Schulen an die AHS-Gewerkschaft gefordert, wurde diskutiert und verworfen, wir vertraten die Meinung, dass die Erfahrungen von 2003 mit dieser Maßnahme dagegen sprächen und die Maßnahme nicht gegen die Regierung direkt gerichtet sei. Im RS 10 vom 13. 12. ruft die AHS-Gewerkschaft zur Demo am 18. auf: „Wir bitten die KollegInnen, an den Schulen Transparente zu gestalten und mitzubringen, die auf die spezifischen Probleme in unserem Bereich hinweisen.“ Im RS 11 vom 19. 12. kündigt die AHS-Gewerkschaft an: „Als nächsten Schritt haben die Lehrergewerkschaften ge-

meinsam eine parlamentarische Bürgerinitiative gestartet (Text als Beilage). Sobald diese auf der Parlamentswebseite online unterstützt werden kann, werden wir darüber informieren.“ (Text siehe auf goed-ahs.at) Es ist eine Petition auf Neuverhandlung der Dienstrechtsnovelle aufbauend auf eine Arbeitszeitstudie, und wenn sie mehr als 500 Unterschriften bekommt, was natürlich kein Problem ist, geht sie in den Petitionenausschuss, weiter in den Verfassungsausschuss und, wenn es die Koalitionsparteien zulassen, ins Plenum.

Drei Innsbrucker Kolleginnen waren am Ende der Demo am Ballhausplatz zur Rednertribüne gegangen und erreichten den GÖD-Vorsitzenden. Sie waren nicht einverstanden damit, dass das aktuelle Lehrer_innen-Anliegen außer in dem einen Satz auf der Tribüne nicht thematisiert worden ist. Neugebauers Hinweis am Schluss: Es wird im Jänner ohnehin noch was geben, oder so ähnlich. Der Streikbeschluss (s. o. RS 9) wäre jedenfalls noch einzulösen, in Zusammenhang mit der Petition wird das ja Sinn machen.

Aber wie lange soll/kann gestreikt werden? Welche anderen gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen haben wir zur Verfügung? Demos, Schulveranstaltungen, Verweigerung administrativer Aufgaben? Wie weit sind Kolleg_innen zu mobilisieren? Hätte es schon bisher mehr artikulierten Widerstand geben können?

Fragen eines schreibenden Lehrers, die Antworten waren für den lesenden Arbeiter einfacher. Eine kämpferische Gewerkschaft sieht jedenfalls anders aus, aber da sind wir alle gefordert, zB bei den Wahlen im Herbst.



Leserinnenbrief: gedanken zur negativberichterstattung in den medien

-- Original-Nachricht -- vom 9.12.2013 an PolitikerInnen, MinisterialbeamtInnen, GewerkschafterInnen, Eltern+Schül.Vertr.---

guten abend!

ich möchte ihnen – aus dem bauch heraus – als unterrichtende AHS-lehrerin und mutter zweier kinder ein paar meiner herzensanliegen und gedanken das österreichische bildungssystem betreffend übermitteln – nicht wissend, ob diese auch ankommen, interessiert gelesen und ernst genommen werden...

um meine pädagogische herkunft und erfahrung zu klären, kurz meine werdensgeschichte: ich unterrichte seit 1991 an mehreren wiener schulen (ahs, nms) u.a. mathematik, habe seit 10 jahren einen lehrauftrag an der universität wien und bin auch in der fachdidaktischen ausbildung tätig. weiters absolvierte ich in den 90er-jahren aus persönlichem interesse eine zweijährige montessori-ausbildung für die sekundarstufe.

nun mein versuch möglicherweise interessierten menschen meine persönlichen empfindungen den lehrerinnenberuf betreffend zu erklären:

ich fühle mich seit langem durch die negative und sehr oft falsche berichterstattung in den medien missverstanden, da - meine arbeit meist falsch präsentiert und schlecht gemacht wird wird, - der beruf vieler wirklich gut arbeitender und engagiert tätiger pädagogInnen auf unakzeptabelste diffamiert wird!

besonders stört mich, dass die zuständigen vorgesetzten und hoffentlich besser informierten politikerInnen und öffentlichkeitsrepräsentanten (ministerin, berufsvertreterInnen, bildungssprecherInnen, gewerkschafterInnen, direktorInnen) nicht laut aufschreien und an die öffentlichkeit treten. „so in der art“:

„... ich als ministerin o.ä., als vorgesetzte vieler engagierter lehrerInnen möchte hiermit festhalten, dass die meisten meiner mitarbeiterInnen sehr gute arbeit leisten, indem sie kindern und jugendlichen nicht nur lerninhalte und fachliche grundkompetenzen vermitteln, sondern sich auf die vielfältigste weise engagiert mit deren entwicklung auseinandersetzen (schülerInnen-eltern-beratung, anleitung gruppodynamischer prozesse in den klassen,...) und das oft über ihre ausbildung und ihre ressourcen hinausgehend!

die meisten meiner pädagoginnen entsprechen nicht dem öffentlichkeitsbild einer von den gewerkschaften repräsentierten mauernden unbeweglichen lehrerschaft sondern sind gute pädagoginnen und pädagogen, denen das schicksal der ihnen anvertrauten kinder und jugendlichen am herzen liegt!

dass oft die rahmenbedingungen (überbelegte klassen bis zu 36, keine entsprechenden arbeitsräume für lehrerInnen, kaum technische hilfsmittel wie pc und

internet, kein psychologisches support-personal in krisenfällen) überhaupt nicht zeitgemäß sind, andererseits die erwartungen der gesellschaft hochgesteckt werden, wird leider nicht in den reißerischen berichterstattungen erwähnt!!

ich distanziere mich von der negativhetze gegen einen berufsstand, der in den meisten fällen sehr gute bis an die individuellen belastbarkeitsgrenzen herangehende arbeit leistet!!“

... dieses politische statement hätte ich mir seit langem von meinen vorgesetzten und vertreterInnen erwartet!!

ich befürchte nämlich und nehme es als personalvertreterin auch wahr, dass für manche engagierte kollegInnen das fass am überlaufen ist und ihre positive motivation möglicherweise letztlich in resignation und depression umschlagen könnte!!

es ist nicht in ordnung einen meist sehr gut arbeitenden berufsstand zu denunzieren. es gelingt uns einfachen lehrerinnen und lehrern nicht öffentlichkeitswirksam aufzutreten, weil unsere arbeit sich natürlich in der schule in den klassenräumen bzw zu hause am heimarbeitsplatz abspielt, was ja wirklich nicht medienwirksam und politisch attraktiv ist...

und es gibt viele engagiert arbeitende lehrerInnen, die der öffentlichen meinung zum trotz keineswegs zu mittag nach hause gehen und danach frei haben. ich z.B.: - in meiner schule teile ich mir mit 80 anderen kollegInnen einen arbeitsraum (konferenzzimmer) und 7 pc's (2 (!) davon allerdings ohne internet, weil für schülerverwaltungsprogramm für knapp 900 (!) schülerInnen genutzt)!

- ich kann meine korrektur-, vor- und nachbereitungsarbeit nicht in der schule erledigen. habe auch gar nicht den platz und die ruhe dazu...

- ich verbringe heuer wöchentlich 35 stunden in der schule... habe in der schule meist keine zeit und keinen platz zum essen und trinken ... ich habe 5' - und 10' -pausen für die wege im großen wie in einem bienenstock surrenden schulhaus, gangaufsichten, anstellen an zwei kopierern für 80 lehrerInnen und 900 schülerInnen, gespräche mit schülerInnen, koordinationsgespräche mit kollegInnen zwischen tür und angel brauche)...

- und wenn ich dann heimkomme und erst einmal durchgeschnauft habe, abends teilweise bis spät nachts und am wochenende erledige ich dann korrekturen und vorbereitungen, feedbackbögen für schülerInnen, verwalte mein elektronisches klassenbuch (geht nur von zu hause aus, weil in den meisten klassen kein pc mit internet steht).

wenn ich dann damit konfrontiert werde, dass ich angeblich so wenig arbeite, entschuldige ich die meisten menschen da-

mit, dass sie diesen beruf halt nur aus schülersicht (oft jahrzehnte zurückliegend) kennen und die wirklichen ansprüche an den beruf der pädagogInnen nicht realistisch beurteilen können.

andererseits trifft es mich besonders hart, wenn die eigene vorgesetzte und die berufsstandvertreterInnen sich kein bild vom tatsächlichen lehrerInnenberuf machen und nicht entschieden gegen diffamierungen in der öffentlichkeit auftreten!!

mir fehlen menschen, die aus eigener langjähriger erfahrung ernsthaft über schule mitreden und auch konstruktiv dringend notwendige veränderungen mitgestalten können!

sinnvollerweise sollten aktive lehrerInnen, schülerInnen und eltern aller schulformen und -stufen und lehrbeauftragte der universitäten und pädagogischen hochschulen mitarbeiten bzw um rat gefragt werden!!

nur hospitationen in der schule und im unterricht bzw eigene schulerfahrungen sind da viel zu wenig, um das teilweise wirklich stark verkrustete bildungssystem nicht nur aufzuweichen sondern kreativ zu verändern!!

mit diesem brief möchte ich mich nicht für meine tätigkeit als lehrerin entschuldigen oder rechtfertigen.

ich übe meinen beruf qualitativ gut aus und bin für viele meiner schülerInnen eine wichtige bezugsperson!

ABER ich könnte ohne längere unterbrechungen diesen unterrichtsstil keinesfalls durchhalten, geschweige denn noch mehr klassen unterrichten – ob die länge der sommerferien und die verteilung der schulautonom freien tage in ihrer derzeitigen form sinnvollerweise beibehalten werden sollten, muss man diskutieren – es sollten dabei allerdings die ressourcen von schülerInnen und lehrerInnen im vordergrund stehen ebenso die realen räumlichen gegebenheiten an den schulen bedacht werden ... nur aus medienwirksamer sicht ferienzeiten zu streichen ist nicht zielführend...

falls einsparungen und änderungen im schulsystem notwendig sein sollten, ist vorher unbedingt zu überlegen, welche consequenzen das mit sich bringt ... es ist meiner meinung nach nämlich wichtig, dass die zukünftigen lehrerinnen und lehrer ihren beruf attraktiv und wertgeschätzt sehen, um zukünftigen schülerInnen eine gute ausbildung zu garantieren!

ich möchte sie hiermit auch gerne in meinen unterricht einladen und wäre wirklich sehr froh, wenn auch meine überlegungen in den diskussionen gehör finden würden!

mit freundlichen grüßen, sonja dorfstätter



unabhängige bildungsgewerkschaft

Was bietet die Unabhängige Bildungsgewerkschaft?



Die Unabhängige Bildungsgewerkschaft

ist eine österreichweit aktive, überparteiliche und basisdemokratisch orientierte Interessensvertretung für alle Bildungsberufe und für alle, die den Stellenwert von Bildung fördern wollen.



Die Unabhängige Bildungsgewerkschaft

ist eine überparteiliche Vereinigung und setzt sich aus PädagogInnen der APS, AHS, BMHS, der Berufsschulen und der Kindergärten zusammen.



Seit der Gründung im Jahr 2001 in Dornbirn, Vorarlberg, kämpft die UBG für

- Chancengleichheit und das Recht auf Bildung
- eine gemeinsame Schule der 10 - 14jährigen
- den Ausbau der Ganztageschulformen
- den unentgeltlichen Zugang zu Bildungseinrichtungen
- die Verbesserung der Bildungsqualität
- eine universitäre Ausbildung aller PädagogInnen
- eine der Leistung und Verantwortung entsprechende Entlohnung
- die Bereitstellung der notwendigen budgetären Mittel
- öffentliche Schulen mit optimalen Rahmenbedingungen für alle Lehrenden und Lernenden
- eine aktiv von allen Seiten gelebte und anerkannte Schulpartnerschaft
- ein umfassendes Bildungskonzept, das von jeweiligen Regierungen unabhängig ist.



Die Unabhängige Bildungsgewerkschaft gibt Sicherheit durch

- umfassenden Rechtsschutz, der unbürokratisch und schnell wirksam wird
- Haftpflichtversicherung
- Mediation und Mobbingberatung
- Pensionsberechnung, Steuerberatung
- LehrerInnenberatung
- Informations- und Bildungsveranstaltungen
- Basisdemokratie statt Strukturhierarchie
- Möglichkeit zu aktiver Mitarbeit in Projekten
- Stellungnahmen und Öffentlichkeitsarbeit zu Schulverwaltung und Bildungspolitik
- Mobilisierung bei Aktionen und Protestmaßnahmen

JA! Ich trete der UBG bei.

Die UBG wird von Mitgliedern getragen und ist ausschließlich ihren Mitgliedern und deren beruflichen Interessen verpflichtet. Sie wird allein aus Beiträgen der Mitglieder finanziert. Die UBG ist nicht durch Fraktionen zersplittert und geschwächt.

NUR GEMEINSAM SIND WIR STARK!

**Ein Bildungsbudget muss gut dotiert sein.
PädagogInnen brauchen gute Arbeitsbedingungen.
LehrerInnen und KindergartenpädagogInnen leisten tolle Arbeit.**

Gewerkschaft ist wichtig.

Sicherheit – Unterstützung – Transparenz – Beratung

Die aktuellen Fragen brauchen eine solidarische Antwort:

Unabhängige Bildungsgewerkschaft – dem Möglichen zum Alltäglichen verhelfen!

Mit solidarischen Grüßen, Mag. Gerhard Rüdissler, Obmann

office@bildungsgewerkschaft.at
www.bildungsgewerkschaft.at

63. internationale pädagogische Werktagung Salzburg

Die Dynamik der Kreativität

Mo, 7. Juli – Fr, 11. Juli 2014 | Große Universitätsaula Salzburg

Kreativität zeigt sich im Problemlösen, in der Lust und Fähigkeit, Neues und Bedeutsames zu schaffen. Für kreatives Denken und Handeln braucht es Originalität, Unkonventio-

nalität und Risikofreude. Es wird diskutiert, wie Kreativität im pädagogischen Alltag angeregt werden kann.

Dieses Jahr erwarten Sie Vorträge mit international renommierten ExpertInnen, wie zB **Markus Hengstschläger**, ein vielfältiges Angebot an Arbeitskreisen und ein spannendes kulturelles Rahmenprogramm. Anmeldemöglichkeit und Programm ab Februar – www.bildungskirche.at/Werktagung**Erratum**

Der Artikel ~~Seit 2000 haben öff. Bedienstete 4-Biennalsprünge Reallohnverlust erlitten~~ im Kreidekreis 9/2013 beruhte auf einer im Internet gefundenen falschen Gehaltstabelle des Jahres 2000. Wir entschuldigen uns für den Fehler. Allerdings gibt es bei Drucklegung dieses Kreidekreises immer noch keine Gehaltserhöhung für uns. Und das nach (2013) 0, (2012) 2,56, (2011) 0,95, (2010) 0,85 Prozent Erhöhung in den letzten Jahren, bei einer inflationären Geldentwertung von 2009 bis heute von über 10 Prozent – also hatten wir in den letzten Jahren schon mehr als einen Biennalsprung Reallohnverlust. [Erratum 2: Dass das h in der Überschrift S. 2 zu streichen ist...]

Wessen Positionen entspricht das Regierungsprogramm?

%attac



<https://www.facebook.com/photo.php?fbid=10151893352457857&set=a.406724567856.173332.337062242856&type=1&theater>, www.attac.at

Gesendet: Do., 19.12.2013, **von:** hamerlingsch, **an:** eckehard.quin@gmail.com, michael.zahradnik@inode.at, herbert.weiss@oepu.at

Betreff: **Der Ernstfall ist eingetreten**

An den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter der Bundesleitung AHS

Sehr geehrte Kollegen Quin, Zahradnik, Weiss
Wir haben in der AHS-Gewerkschaft einen **aufrechten Streikbeschluss** für den Fall, dass das Lehrerdienstrecht angenommen wird. Dieser Fall ist eingetreten. Nun wird es wirklich ernst.

Tausende streikbereite Lehrer und Lehrerinnen wollen nun von euch wissen: Wann geht es los? Gestern in Wien seid ihr uns die Antwort schuldig geblieben: kein einziger Lehrervertreter zeigte sich auf der Bühne.

Wir fragen daher nochmals: **Wann geht es los?** Gebt bitte schnellstens Antwort, die KollegInnen wollen sich nicht mehr länger vertrösten lassen.

Für den GBA des BRG Linz Hamerlingstraße:
Michael Maurer/ Thomas Reifmüller

Foto: BKA/HBF/AndyWenzel



BM Gabriele Heinsch-Hosek im Journal zu Gast (oe1.orf.at/artikel/361232 am 21.12.): "In den ersten drei Schulstufen sollen Schulen die Möglichkeit bekommen, auch andere Leistungsbeschreibungen als Noten heranzuziehen."

[vgl dazu Seite 9 in oeli-ug.at/krkr1401e.pdf]

Foto: ÖLI-UG



Schattensministerin Ehrentraud Redlich: "In den ersten drei Wochen sollen Ministerinnen die Möglichkeit bekommen, sich in ihre neue Aufgabe einzulesen und keine Interviews geben. Bei meinen Kindern gab's jedenfalls schon vor 11 Jahren gemäß Klassenforumsbeschluss VS-Zeugnisse ohne Noten."

oeliug.jimdo.com/recht-interessant/dienstrecht

ÖLI-Skriptum-Download: Dienst-/Schul-/Besoldungs-/PV-Recht. Wir sind allerdings grad bei der Neubearbeitung auf Gesetzesstand 2014 und hoffen bald auf neue Gehaltstabellen

Du würdest den Kreidekreis auch deinen KollegInnen ins Postfach legen? Bitte mail an a@oeli-ug.at: Name, Schule, Anzahl

Du würdest gern eine Infoveranstaltung zum (neuen) Dienstrecht (oder PV-/Pensions-/...Recht) organisieren? Wir haben ReferentInnen!

ÖLI-Konto (Mitgliedsbeitr. ≥ 45 €, Abo 7 €/Jahr) AT526000000078420320

Anfragen/Infos, Kreidekreisabo
(bitte Name+Adr.+Schule angeben):
a@oeli-ug.at

www.gutenberg.at - Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen. klimaneutral gedruckt ^o CP IKS-Nr.: 53401-1312-1009

Geburtstagswünsche und Feedback für die Ministerin

Gesendet: Mo., 16. Dez. 2013 um 16:27
Von: fuchsbauer@oeli-ug.at
An: gabriele.heinisch-hosek@spoe.at,
 gabriele.heinisch-hosek@bmukk.gv.at
Betreff: Geburtstagswünsche für Sie
 und für uns

Sehr geehrte Frau Ministerin!

Wir sind zwar oft nicht einer Meinung. Dies soll allerdings nicht daran hindern, dass ich Ihnen hiermit alles Gute zum 52. Geburtstag wünsche.

Ich wünsche Ihnen und der Bildung in Österreich, dass die nächsten Jahre erfolgreich für Sie sein mögen. Denn eine Bildungsministerin wird wohl nur glücklich sein, wenn sie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Schülerinnen und Schüler optimal motivieren kann, indem sie ihnen beste Bedingungen schafft.

In diesem Sinne haben wir schon im Vorhinein eine Antrittsrede für Sie geschrieben, die Sie gerne verwenden dürfen – siehe Seite 1 in www.oeli-ug.at/krkr1309p.pdf.

Herzliche Grüße
 Josef Gary Fuchsbauer



Betreff: Feedback zu Ihrem Ö1-Mittagsjournalinterview am 21.12.

Gesendet: Datum: Mon, 23 Dec 2013
Von: Josef Gary Fuchsbauer
An: gabriele.heinisch-hosek@spoe.at,
 gabriele.heinisch-hosek@bmukk.gv.at

Sehr geehrte Frau Ministerin!

Wenn Sie bisher auch nicht auf unseren Vorschlag einer Antrittsrede zurückgegriffen haben, sind Sie wohl doch an Feedback interessiert. Dieses möchte ich Ihnen zu Ihrem Ö1-Mittagsjournalinterview am 21.12. geben:

- Nach der Koalitionsvereinbarung nicht anders zu erwarten, aber bei vielen LehrerInnen doch Enttäuschung auslösend: Zur gemeinsamen Schule nichts Neues.

- **Keine Noten bis zur 3. Schulstufe:**
 Wissen Sie nicht, dass das seit vielen Jahren schon an Schulen passiert? (Meine jetzt 18, 16, 12 Jahre alten Kinder waren an 2 verschiedenen öffentlichen Schulen und hatten in den ersten Jahren gem. Klassenforumsbeschluss keine Noten.)

- **Sie wünschen sich 80 Prozent Entscheidungen für das neue Dienstrecht in den nächsten 5 Jahren, mit viel Werbung wollen Sie das erreichen.**

Ähm, ist das nun das Eingeständnis, dass das neue Dienstrecht für 20 % völlig inakzeptabel ist und bei den anderen noch viel Werbung erforderlich sei? Am besten Österreich, heute, Kronenzeitung und die letzten Ausgaben des profil an PHs und Lehramts-Unis verteilen. Entschuldigen Sie diesen Zynismus, aber apropos profil: Viele LehrerInnen warten sehnsüchtig auf (durchaus auch rechtliche) Schritte gegen dieses Lehrerbashing (bei den anderen genannten Printmedien ist dahingehend wohl eh jede Hoffnung nutzlos).

- **"Die ideale Schule ist ein Haus, in das die Kinder in der Früh neugierig hineingehen, und um vier/halb fünf ohne Schultasche, ohne Hausübung herauskommen, damit Zeit für die Eltern und Erziehungsberechtigten bleibt"** klingt wohl für manche gut. Wünschen sich aber zB meine Kinder sicher nicht, weil sie ganz gern (spät-) abends arbeiten.

Ich wünsche mir viel mehr eine Schule, in der auch tagsüber Musik(instrumente), Kunst, Bewegung, Spiel Platz haben (also endlich eine Integration des Musikschulwesens in die Schulen, und auch der vielen Sportarten), die aber durchaus die Kinder auch schon von klein auf zu eigenen Aktivitäten selbstständig zu Hause motiviert. Was meinen Sie dazu?

Ich wünsch mir auch eine gemeinsame Schule von 6-14 (und keinen Schnitt mit 10) und zB keine VS, NMS und Musikschule in einem Ort, mit 3 Direktoren (eh alle männlich) und 3 Verwaltungen (wenn sie auch der Direktor meist alleine machen muss), also Lerngemeinschaften bis 14 und erst dann weitreichende Bildungswegentscheidungen – aber natürlich auch schon bis 14 viele Chancen auf Schwerpunktsetzungen.

Ich würde übrigens die "Gymnasien" dann als Bildungsminister/in einladen, wenn sie Kinder auch schon vor der 9. Schulstufe haben wollen, echte Langformen zu werden und für ihren Sprengel (zB in Kooperation mit einer derzeitigen VS) Schule ab 6 anzubieten (natürlich dann ohne Selektion mit 10). In religiösen und vielen anderen Privatschulen gibt es da durchaus gelungene Beispiele, die das zumindest ansatzweise haben.

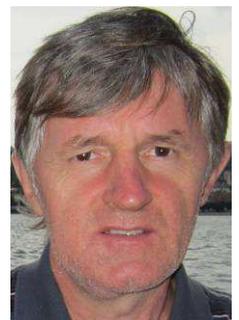
- **"Sie glaube nicht, dass die junge Generation automatisch zur Kasse gebeten werde"**.

Ähm: Was ist denn dann mit der Tatsache, dass heute 35-jährige LehrerInnen nur 45 Prozent der monatlichen Pensionshöhe derzeitiger PensionistInnen bekommen werden, und das nicht ab 60, sondern frühestens 5 Jahre später? Und beim neuen LehrerInnen-Dienstrecht? Da haben die Änderungen letzte Woche im Parlament zwar eine 5%ige Verbesserung für LehrerInnen an höheren Schulen in den oberen 2 Lehrverpflichtungsgruppen gegenüber dem Begutachtungsentwurf gebracht, aber nicht für die 40% AHS/BMHS-LehrerInnen in der 3. Gruppe. Und für alle Genannten ist das neue Dienstrecht trotzdem eine ca 15%ige Unterrichtspflichterhöhung ohne Gehaltsausgleich. Das bedeutet, "dass die junge Generation [der LehrerInnen] automatisch zur Kasse gebeten" wird.

Herzliche Grüße und besinnliche Weihnacht wünscht

Josef Gary Fuchsbauer
 Vors.d.GBA und stv.Vors.d.DA am LiTec,
 HTL Linz, andragogischer Koordinator
 des Schulversuchs Lehre mit HTL-B,
 KTLA-LiTec, Lehrer f. Angewandte
 Mathematik und katholische Religion,
 stv.Vors. in ZA- u. gew. Bundesleitung-
 BMHS, Mitglied der GÖD-ARGE-
 LehrerInnen und -Bundeskonferenz,
 0680 2124358

[Falls tatsächlich einmal eine Antwort aus dem Unterrichtsministerium kommen sollte, werden wir sie hier weiterleiten]



Von der Seele geschrieben



Andreas Chvatal, chvatal@oeli-ug.at, ÖLI-UG-Mandatar in der GÖD-APS, oppositionell

Die PflichtschullehrerInnengewerkschaft (GÖD-APS) sollte froh sein, dass viele *glauben*, wegen des neuen Dienstrechts sei mehr als dreißigmal mit ihr verhandelt worden. Die Tatsache, dass dies eindeutig nicht der Fall war, wurde von der gesamten österreichischen Medienlandschaft mit hoher Effizienz beiseite gelogen. Bei den meisten „Verhandlungsterminen“ waren keine PolitikerInnen anwesend! Somit konnte Ministerin Heinsich-Hosek sich mit einem Gesetzesentwurf wichtig machen, der vor allem für die BundeslehrerInnen eine simple Sparmaßnahme mit erheblichen Verschlechterungen ist, und der mit Schulreform nicht das Geringste zu tun hat. Hunderte ablehnende Stellungnahmen in der Begutachtungsphase wurden einfach ignoriert. Die GÖD-APS reagierte auf diese Vorgangsweise der Regierung mit einer besonnenen Unterschriftenaktion.

Warum sollte jemals wieder jemand mit dieser Gewerkschaft verhandeln? Dass kein Missverständnis entsteht, natürlich wird es wieder Vorgänge geben, die den gut dreißig Dienstrechtsrunden ähnlich sein werden. Nur, ihr Ergebnis wird von vorne herein feststehen. Genüsslich kann der Dienstgeber sagen: „Wir brauchen die Zustimmung der Gewerkschaft nicht. Wenn denen was nicht passt, können sie ja wieder eine Unterschriftenaktion machen.“ Die erste Gelegenheit dafür wird sich bald

bieten, nämlich dann, wenn die Regierung Änderungen der *bestehenden* Dienstrechte in Angriff nimmt.

Die GÖD-APS blieb passiv, trotz aller Ungeheuerlichkeiten, die sich im Zuge der „Verhandlungen“ ereigneten, und die schließlich in der Beendigung der Sozialpartnerschaft für die Berufsgruppe der LehrerInnen gipfelten. Zuvor machte sich die Politik eine derbe mediale Lügen- und Hetzkampagne zunutze und heuchelte, dass das neue Dienstrecht ohnehin nur neue Lehrkräfte betreffen würde.

Dieses Argument spielte bei der Einschätzung des Widerstandswillens der PflichtschullehrerInnen seitens der GÖD-APS eine entscheidende Rolle. Die Gewerkschaft legte die Bereitschaft der KollegInnen, Kampfmaßnahmen gegen das neue Dienstrecht mitzutragen, als „nicht vorhanden“ fest. Die alten PflichtschullehrerInnen seien vom neuen Dienstrecht ohnehin nicht betroffen und für die Neuen wäre dieses sogar teilweise vorteilhaft. Die Nichtbeachtung der Sozialpartnerschaft, die mediale Hetze und die Aufgabe der Solidarität mit den, ungleich härter getroffenen, Gewerkschaften der AHS und BMHS LehrerInnen seien den meisten PflichtschullehrerInnen egal, so die GÖD-APS im Dezember 2013.

In die gähnende Leere dieser Argumentation warf eine oppositionelle Stimme im Verlauf einer Gewerkschaftssitzung den Vorschlag, doch wenigstens das Ausmaß der vermeintlich nicht vorhandenen Kampfbereitschaft der PflichtschullehrerInnen zu erheben. Das Gremium reagierte darauf mit einem nonverbalen Nichtaufgreifen, welches von wahlweisem zuboden-, zur Decke- oder ins Leere Blicken der schwarzroten MandatarInnen begleitet wurde.

Szenenwechsel. Der größte Kinosaal Österreichs ist gefüllt mit etwa tausend VertreterInnen aller Wiener

Pflichtschulen. Auf dem Podium Gewerkschaftsmandatare in ihrer Rolle als Personalvertreter – nur Männer. Im Publikum die oppositionelle Stimme von vorhin.

Es kommt, wie es kommen muss. Das Podium referiert minutiös die Entstehung des neuen Dienstrechts und bittet die Anwesenden, die Unterschriftenaktion nach Kräften zu bewerben. Die oppositionelle Stimme äußert Zweifel, dass die Unterschriften den Beschluss des neuen Dienstrechts durch den Nationalrat verhindern werden und fragt, ob nicht stärkere gewerkschaftliche Maßnahmen angebracht wären. Antwort des Podiums: „Wir glauben auch nicht, dass die Unterschriften den Beschluss verhindern können. Aber schärfere Maßnahmen sind ausgeschlossen, weil...“ – siehe oben. Außerdem sei nach Inkrafttreten des neuen Dienstrechts noch jahrelang Zeit, um Verbesserungen hinein zu novellieren. Novellierungspartnerin wird BM Heinsich-Hosek sein. Viel Spaß dabei!

Im abschließenden Tagesordnungspunkt der Info-Veranstaltung erschöpft sich sodann ein Bericht über den Stand der laufenden Gehaltsverhandlungen für den Öffentlichen Dienst in der Erkenntnis, dass ein solcher nicht existiert. Zur Durchsetzung ihrer Forderung einer ordentlichen Gehaltserhöhung für 2014 bittet die GÖD die KollegInnen um ihre Unterstützung von allfälligen gewerkschaftlichen Maßnahmen. Dass es sich dabei um die selben KollegInnen handelt, denen kurz zuvor noch nicht vorhandene Streikbereitschaft attestiert wurde, fällt kaum jemandem auf.

Natürlich sind die Gehaltsverhandlungen und das neue Dienstrecht zwei verschiedene Dinge, und wahrscheinlich gibt es KollegInnen, die sich – kurzsichtigerweise – nur für eins der beiden interessieren. Aber, ob die Gewerkschaft auch nur halbwegs genau wissen kann wieviele das jeweils sind, darf getrost bezweifelt werden.

Die GÖD-APS hätte entschlossener gegen das neue Dienstrecht auftreten müssen. Eine Befragung der KollegInnen, welche gewerkschaftlichen Maßnahmen sie mittragen würden, wäre das Mindeste gewesen. Wenn die GÖD-APS jemals wieder an Verhandlungen, die diese Bezeichnung auch verdienen, teilnehmen will, wird sie sich eine schärfere Gangart zulegen müssen. Der zuletzt beschrittene Weg führt direkt in die nächste Unterschriftenaktion.

P.S: Im letzten Kreidekreis habe ich einen orthographischen Bauchfleck hingelegt. Bin zerknirscht! Nie wieder verwende ich das Wort „Prophezeiung“. Schon gar nicht in einer Überschrift.

P.P.S: Auch als PISA Wahrsager habe ich daneben gehaut, wenigstens teilweise. Kein mediales Katastrophengeschrei und eine ansehnliche Zahl vernünftiger, sachlicher Artikel. Ich habe mich selten so gern geirrt. In anderer Hinsicht glaube ich, recht zu behalten. PISA wird fast ausschließlich in Vereinfachungen interpretiert. Beispiel: Im Ranking „Lesekompetenz“ hat sich Österreich um 12 Ränge auf Platz 27 vorgeschoben. Das ist jedoch, wenn überhaupt, nur eine minimale Verbesserung. Die tatsächliche Leistung war nur um 20 von 600 erreichbaren Punkten oder 3,33% besser als bei der letzten PISA Studie. Die Rangverbesserung ergibt sich fast zur Gänze dadurch, dass wir ein paar praktisch gleich gute Länder um einige wenige Pünktchen überholt haben. Die Punkteabstände sind minimal, die Platzierungen in den Rankings haben nur sehr geringe Aussagekraft. Die entscheidende Frage, ob es überhaupt sinnvoll ist, bessere PISA Ergebnisse anzustreben, wurde erneut erfolgreich ausgeblendet. Immerhin scheint zu dämmern, dass es nicht sinnvoll ist, so *gut* wie Shanghai zu sein.

Der versuch einer hypothetischen analyse (Sanktpröllten und die michaelhilferstrasse)

Geschätzte Lehrerinnen und Lehrer!

Aufgrund eines kleinen aber feinen hacker-programms konnte ich alle telephonkontakte zwischen rathaus und landhaus auslesen und mit den schlagzeilen vergleichen, die innerhalb der nächsten 24 bis 48 stunden in den verschiedensten un- und abhängigen österreichischen quantitätsblättern abgedruckt wurden.

Wie jedermann aus der krimiserie „tatort“ weiß, benötigt ein guter detektiv eine arbeitsannahme – natürlich keine ausreichende faktenlage für den staatsanwalt – um die wichtigsten 3 bestandteile der täterüberführung herauszufinden: motiv – möglichkeit – tatwaffe!

In unserer bundespolitik liegt also die sache relativ glasklar vor mir: Das motiv ist das ziel, die gemeinsamen politischen einflussbereiche zur eigenen einkommenssicherung auf keinen fall verlieren zu wollen. (meisterschachzug: von 3 auf eins mit fpö heißt heute unter politprofis die „schüsseleröffnung“) Die möglichkeit ergibt sich durch schicksalverbindende koalitionen, aber noch viel mehr durch eine absolute vertrauensfreundschaft zwischen zwei großgranden in wien und in niederösterreich, die sich in einer stillen nachdenklich-produktiven heurigenstunde (die „figl-verteidigung“) mit folgenden worten treue versprochen: „per fidem perfides“. (telephonprotokolle bestätigen den regen gedanken- und beschlüsseaus-tausch zum startschuss bundesweiter direktan- bzw. eingriffe aber auch sogenannter „big deals for a small land“)

Die tatwaffe sind wir, die gemeinen bürger!

und der entsicherungshebel sind unsere nationalratsabgeordneten !

in jahrezehntelanger, mühevoller zusammenarbeit wurde unter zuhilfenahme einer mitverschuldeten wirtschaftskrise und einer gezielt eingesetzten entbildung der bevölkerung ein derartig großes desinteresse an realen problemen erzeugt, dass man nun mit dieser waffe beliebige ziele aufs korn nehmen kann: bankenrettung um jeden preis,

demontage zu einem bildungslevel ohne wert, vergabe von leitungs- bzw. leistungsposten ohne moral und aufgabe von kulturell-sozialen grundpfeilern ohne ersatz.

Wir schießen auf alles und jeden, wohin uns auch die starke hand richtet, denn von den amerikanischen, speziell von der schießgewehrgemeinschaft rifle-assoziaton, wissen wir natürlich: Die waffe ist nie an der tat schuld! damit sind wir moralisch ganz schön fein raus und außerdem demokratisch ganz schön eingebunden auf dem weg in eine schöne neue welt.

Wie ist sonst unser stille-halten zu verstehen, wenn wir das glauben, was uns vorgebetet wird – im gegensatz zur spürbaren realität, die wir jeden tag am eigenen leib erfahren:

Rechenbeispiel dazu gefällig:

Wenn von 10 österreichern das durchschnittsgehalt von 1000 € auf 2000 € steigt, glauben wir, jeder der 10 österreicher bekommt mehr – es genügt aber auch, wenn nur ein österreicher viel mehr, dafür alle anderen neun viel weniger bekommen! 10mal 1000 € auf 9mal 100 € und einmal 19100 € !

Wie sehr wir hier im welt-trend liegen, wissen wir hoffentlich. trotzdem glauben wir, dass es nur so weitergehen kann! hoch lebe der durschnittsmensch! ihm wird's immer besser gehen, auch wenn fast alle untergehen.

Große themata wie energiewirtschaft, ökonomischer fußabdruck, steigende armutsgefährdung mitten in österreich, börsenspiele mit grundnahrungsmitteln, stetiges eingreifen in wichtige nahrungsmittelproduktionen durch die gentechnologie und pharmazie

Wisch und weg!

Waffen haben es an sich, überhaupt nicht solidarisch zu sein .

Sie sind die diener jedes herren.

Wir alle sind die diener zweier herren.

Im letzten mitgehörten telephonat zwischen unseren zwei herren fielen angeblich die worte: „Bald hammas!“

(Wolfgang Tasler, tasler@oeli-ug.at, sandte diesen Text an Rainer Nikowitz, profil, "Immer wieder genieße ich ihre gedanken im profil. Ich trauerte um tramontana, ich freu mich auf nikowitz – gott sei dank wars nach kraus nicht aus. Sie regen mich immer an und einmal will ich mich dafür revanchieren."

Für ein faires, aufgabengerechtes und demokratisches Dienstrecht



Reinhard Sellner, sellner@oeli-ug.at,
Auskunftsperson beim Expertenhearing
des Verfassungsausschusses

1. LehrerInnendienstrecht im Verfassungsausschuss: SPÖ und ÖVP ziehen bildungs- und arbeitnehmerInnenfeindliches Sparpaket durch

Entschließungsantrag für Neuverhandlung, Jahresarbeitszeitmodell statt Arbeitszeiterhöhung werden von den Regierungsparteien abgelehnt¹.

Als Vertreter der parteiunabhängigen LehrerInnen in der GÖD hab ich mein Statement und meine Anfragebeantwortung jeweils mit einem Appell an alle Abgeordneten beendet, insbesondere an die GewerkschaftsfunktionärInnen Katzian, Oberhauser, Wimmer und Mutschitsch, und an die Bildungsbewegten unter ihnen: Sie sollen der neuen Regierung die Chance für neue sozialpartnerschaftliche Verhandlungen geben und am 17. Dezember im Plenum des Nationalrates den nur unzureichend nachgebesserten Dienstrechtswurf der alten Regierung ab lehnen.

Ein Detail: Vor mir saß Josef Cap, er war während des Hearings, wenn er nicht gerade den Sitzungssaal verlassen hat, mit der Lektüre des Handelsblattes beschäftigt oder mit seinem Handy.

An der Diskussion haben sich aktiv und an der Sache sichtlich interessiert nur die Grünen (Harald Walser, Gabriele Moser) und FPÖ-Bildungssprecher Rosenkranz beteiligt.

Für die Regierungspartei ÖVP meinte Gerstl, mit den das LehrerInnendienstrecht betreffenden Schulreform-Materien hätte sich besser der Unterrichtsausschuss befasst, der wäre dafür zuständig gewesen. Der Regierungsentwurf sei ein großer Schritt - und nach der Beschlussfassung im Parlament könne man ja ein

Jahresarbeitszeitmodell ausarbeiten, das er grundsätzlich befürworte, ebenso wie die von FPÖ, ÖVP und Grünen nominierten Experten Helm, Kimberger und Sellner. Dieses Jahresarbeitszeitmodell könne dann 2019/20 eingeführt werden.

Für die Regierungspartei SPÖ zeigte sich Elmar Mayer um mehr Loyalität gegenüber dem SPÖ-ÖVP-Vorschlag, für ihn ist der Entwurf richtungsweisend und notwendig, weil er die Ungerechtigkeit beendet, dass HauptschullehrerInnen die schwierigeren Kinder für weniger Geld und mit mehr Wochenstunden unterrichten müssen als die AHS-LehrerInnen, die gleichaltrige, aber sozial besser gestellte und motiviertere Unterstufen-SchülerInnen haben. Auch wenn der Regierungsentwurf noch einige Ungerechtigkeiten enthalte, so sei er doch auch ein Schritt in Richtung einer künftigen Jahresarbeitszeitregelung. (Elmar Mayer hat tags darauf den Spagat zwischen sozialdemokratischen Reformforderungen und Regierungsrechtfertigung beendet und die Funktion des SPÖBildungssprecher niedergelegt.)

Drei Auskunftspersonen argumentieren gegen den Dienstrechtswurf der SPÖ-ÖVP

Die FPÖ nominierte Erwin Prölls Landeschulrats-Präsidenten Hermann Helm, früher Vorsitzender der GÖD-PflichtschullehrerInnen (LandeslehrerInnen) und dann Generalsekretär der BM Gehrler als ihren Experten. Helm lehnt das Unterrichtsstundenmodell der alten Regierung ab und argumentierte für die Weiterentwicklung der Jahresarbeitszeitregelung, die seit 2001 im PflichtschullehrerInnenbereich gilt. Er berichtete aus seinem Tätigkeitsbereich, dass die Arbeit an den Schulen immer intensiver wird und die Motivation der LehrerInnen deutlich gesunken ist.

Die ÖVP hatte in letzter Minute nicht BMUKK-Sektionschef Stelzmüller als Dienstgebervertreter fürs Hearing nominiert, sondern ARGE-LehrerInnen- und APS-GÖD-Vorsitzenden Paul Kimberger. Dieser lehnte den Entwurf ab, weil er auch nach den letzten „Verbesserungen in die richtige Richtung“ noch immer ungenügend sei. Die Frage Walsers, ob er und die GÖD-LehrerInnen für ein in den Verhandlungen und überhaupt für ein faires und aufgabengerechtes Jahresarbeitszeitmodell eintreten, ließ Paul Kimberger unbeantwortet, der Frage Walsers, ob die GÖD-LehrerInnen in den 35 Verhandlungsrunden gemeinsame Forderungen und notwendige Min-

destanforderungen eingebracht hätten, wich er aus, die Forderungen seien allgemein bekannt und nach dem Abbruch der Verhandlungen auf dem Eisberg-Flugblatt der ARGE LehrerInnen dokumentiert worden.

Meine Stellungnahmen hat die Parlamentskorrespondenz zusammengefasst: **„Reinhard Sellner für „Zurück an den Start“.**

Reinhard Sellner von den unabhängigen GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst schloss sich größtenteils seinen Vorrednern an und appellierte, dass Gesetz nicht heute in dieser Form zu beschließen, sondern der neuen Regierung die Möglichkeit zu bieten, ein neues Dienstrecht auszuverhandeln. Schließlich handle es sich bei diesem Dienstrecht um einen Kollektivvertrag, der den Anforderungen, die von Gesellschaft, Arbeitswelt und Demokratie an die Schule gestellt werden, Rechnung tragen soll. Eine wissenschaftlich fundierte Weiterentwicklung finde sich im gegenständlichen Entwurf jedoch nicht, bemängelte er und wertete diesen als einen Rückgriff auf ein Modell des vorigen Jahrhunderts. Auch Sellner machte sich für ein Jahresarbeitszeitmodell stark und lehnte vehement das Zulagensystem ab. Man brauche ein schuleformorientiertes Dienstrecht, das auch die Arbeitsbelastung der LehrerInnen berücksichtigt und zudem realitätstauglich, zukunftsorientiert und menschenfreundlich ist, betonte er. Die LehrerInnen hätten Anspruch darauf, für ihre gesellschaftlich so wichtige Arbeit einen gerechten Lohn zu bekommen. Auch Sellner glaubte, dass der Entwurf vom Spargedanken getragen ist.

So wie es jetzt aussehe, werden die LehrerInnen in Zukunft noch weniger Zeit für die SchülerInnen haben, weil sie noch mehr SchülerInnen betreuen müssten, warnte er. Vor allem befürchtet er eine Überforderung von jungen LehrerInnen, da sie bereits in der Induktionsphase voll unterrichten müssten. Insgesamt kritisierte er die Geringschätzung der PädagogInnen und ihres Berufs in der Öffentlichkeit.“ (www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2013/PK0881/index.shtml)

Nur Expertin aus dem BMUKK verteidigt Regierungsvorhaben

Als vierte Expertin hatte die von Der SPÖ nominierte Dienstgebervertreterin Angela Weiligung aus dem BMUKK. Sie hatte die SPÖ-ÖVP-Dienstrechtnovelle „Pädagogischer Dienst“ zu vertreten.

¹ Ausführlicher Bericht der Parlamentskorrespondenz vom Hearing des Verfassungsausschusses und der Ausschusssitzung: www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2013/PK0881/index.shtml

Weilguny würdigte die masterwertige PädagogInnenbildung NEU von 2013 und die Anhebung der Anfangsbezüge und erklärte, dass dem Unterrichtsverpflichtungsmodell der Regierung ohnehin eine Gesamtarbeitszeit zugrunde liege. Es sei aber notwendig, die zwei bestehende Systeme für Landes- und BundeslehrerInnen auch in Zukunft und gleichwertig zu „bewirtschaften“ und das leiste der Entwurf, zu dem noch dazu ein Abänderungsantrag der Regierungsparteien vorliege.

LehrerInnensparpaket - und alles beim Alten in der Bildungspolitik der neuen Regierung

Zwei Hintergrundinformationen, die ich aus dem Verfassungsausschuss mitgenommen habe:

Jahresarbeitszeitmodell vs. Stundenzählen

Das BMUKK plante ursprünglich ein einheitliches Dienstrecht auf Basis der LehrerInnen-Jahresarbeitszeit, die SPÖ wollte weg vom Stundenzählen, das von der Schulrealität überholte "älteste LehrerInnendienstrecht Europas" sollte an heutige Anforderungen angepasst werden. Das haben der Koalitionspartner ÖVP und die AHS-Gewerkschaft kategorisch abgelehnt.

ÖVP distanziert sich vom Regierungsentwurf

Die Nichtnominierung eines Dienstgebervertreters durch die ÖVP wurde als Affront gewertet (SC Stelzmüller war als beigezogener Ausschussberater anwesend, aber anders als Weilguny nicht als Auskunftsperson des Hearings). Diesen Eindruck verstärkte ÖVP-Sprecher Wolfgang Gerstl, weil er das von der ÖVP als Grundlage der Regierungsvorlage strikt abgelehnte Jahresarbeitszeitmodell gegenüber den Experten Helm, Kimberger grundsätzlich befürwortete und – als Draufgabe - die ungenügende Arbeit im Unterrichtsausschuss kritisierte. Dort hat die ÖVP jede Schulreforminitiative, die von den Grünen versucht wurde und von der SPÖ unterstützt worden wäre, verhindert.

Für ein faires, demokratisches und bildungsförderndes LehrerInnen-dienstrecht.

Eine andere Bildungs- und Bildungsbudgetpolitik ist möglich!

Es gab nicht nur die große, von Eltern und SchülerInnen mitgetragene LehrerInnen-Demo in Dornbirn am Tag des Verfassungsausschusses, am 5. 12. Demonstrationen in Salzburg und Linz und am 11. Dezember 500 KollegInnen vor dem Parlament in Wien, die dem

Aufruf der AHS Laaerbergstraße gefolgt waren. Für Montag 16.12. rief die IFLD "Initiative für ein faires LehrerInnen-dienstrecht" zu einem Marsch von der Uni-Rampe zum Parlament auf, wo nochmals eine Petition an die Abgeordneten übergeben wurde, die am Dienstag über die Regierungsvorlage abstimmen. Am Tag des Verfassungsausschusses zum LehrerInnendienstrecht lehnte die Vorarlberger SPÖ den Koalitionspakt mit 46:2 Stimmen ab, weil er weder die Gesamtschule noch Vermögenssteuern enthält².

2. Was tun nach der Niederlage im Dezember?

SPÖ und ÖVP beschließen Regierungsvorlage, GÖD mobilisiert für den Tag danach

Am 17.12.2013 wurde die Dienstrechtsnovelle Pädagogischer Dienst beschlossen. Die gewerkschaftliche Großkundgebung der 40.000 fand am Tag danach statt. Viele Transparente für ein faires LehrerInnendienstrecht und gegen Bildungsabbau, für Vermögenssteuern und gegen Sparpakete mit Reallohnverlusten, Arbeitszeiterhöhung und Aufnahmestopp für die öffentlich Bediensteten wurden von LehrerInnen hochgehalten. Am Ballhausplatz waren auch viele prominente LehrerInnengewerkschafter zu sehen. In der Rede von GÖD-Vorsitzendem Neugebauer bekam das „gestern beschlossene LehrerInnendienstrecht“ einen Nebensatz, Schwerpunkt war wie beim Vorsitzenden der Gemeindebe-

² **Bundeskanzler Faymann stellte in Vorarlberg das Koalitionspapier vor und erlebte eine Abfuhr.** 13.12.2013 | 06:47 (DiePresse.com) ... Die Stimmung im Parteivorstand sei schlecht gewesen, sagte Landesparteivorsitzender Ritsch. Knackpunkte für die "sehr, sehr deutliche Ablehnung" des Koalitionspapiers seien die Nichtberücksichtigung der Gemeinsamen Schule und die nicht befriedigende Entlastung des Faktors Arbeit gewesen. Diese hätte man mit einer Millionärsabgabe finanzieren können. Weil die Gemeinsame Schule nun nicht komme, habe der Bildungssprecher im Nationalrat, Elmar Mayer, Faymann zu Sitzungsbeginn mitgeteilt, dass er diese Position nicht länger wahrnehmen könne. Die Ablehnung im Parteivorstand sei für ihn "ein deutlicher Auftrag", in der Sitzung des Bundesparteivorstands am Freitag die Koalition mit der ÖVP abzulehnen. "Unseren Mitgliedern wäre eine Minderheitsregierung oder der Gang in die Opposition lieber gewesen", erklärte Ritsch. Faymann habe für die Haltung der Vorarlberger SPÖ Verständnis gezeigt und werde die Landesgruppe im Landtagswahlkampf 2014 mit voller Kraft unterstützen. (APA)

diensteten-Gewerkschaft die Gehaltsfrage: kein weiteres Abwälzen der Krisenlasten, eine Nulllohnrunde war genug, nach Weihnachten wird weiterverhandelt und „da soll sich die Regierung warm anziehen“ (Neugebauer), ein Angebot von 1,7% und 0,5% unter der Inflationsrate auch für 2015 als Vorbedingung ist unakzeptabel (Meidlinger). Die Stimmung war kämpferisch, die Mobilisierungskraft und die Bühnenregie der mitorganisierenden GdGKMSfB (Gemeindebedienstete, Kunst, Medien, Sport, freie Berufe) haben dazu wesentlich beigetragen. Inzwischen ist das Neue Jahr die ersten zwei Wochen alt und der nun zuständige Kanzleramtsminister hat am Angebot der Regierung nichts nachgebessert.

Parlamentarische BürgerInneninitiative betreffend "Aufhebung der Dienstrechtsnovelle 2013 - Pädagogischer Dienst ("Neues Lehrerdienstrecht") und Gestaltung eines modernen, attraktiven und leistungsorientierten Lehrerdienstrechts"

Ums LehrerInnendienstrecht ist es in der GÖD recht still geworden, einzige Aktion war die offizielle Einbringung einer parlamentarischen BürgerInneninitiative³ durch den und Paul Kimberger im Parlament. Sie kann ab 13. Jänner 2014 auf der www.parlament.gv.at elektronisch unterzeichnet werden. Bitte unterzeichnet – je mehr Unterstützung, desto gewichtiger wird die Petition als WählerInnenstatement, gewerkschaftliche Offensive ist diese Aktion allerdings keine.

Fragen an die GÖD-Mehrheitsfraktion

- Wird die GÖD die von der Regierung geplante große Dienstrechtsreform nützen, eigene Vorschläge einzubringen und damit die **arbeitnehmerInnenfeindlichen Bestimmungen der LehrerInnen-Dienstrechtsnovelle auszuhebeln** (Arbeitszeiterhöhung, Arbeitsverdichtung, All-inclusive, Einkommensverluste, fehlende Mitbestimmungsrechte ...)?
- Werden in der ARGE LehrerInnen

³ Mit parlamentarischen Bürgerinitiativen können österreichische StaatsbürgerInnen direkt konkrete Anliegen an die Gesetzgebung oder Vollziehung des Bundes einbringen, 500 Unterschriften sind dazu notwendig, nach der Einbringung ist elektronische Zustimmung durch weitere Personen möglich. Der Petitionenausschuss des NR entscheidet über die weitere Behandlung – Ablehnung, Zurkenntnisnahme oder Zuweisung an den zuständigen Ausschuss – im Fall Dienstrechtsnovelle wäre das wieder der Verfassungsausschuss, der am 12.12.2013 die beanspruchte Dienstrechtsnovelle mit SPÖ-ÖVP-Mehrheit durchgewunken hat.

Gesamtschulregion Vorarlberg

Ein frommer Landeshauptmanns-Wunsch + ein Spindelegger, der kein Christkindl sein will + ein SPÖ-Bundeskanzler, der grundsätzlich dafür ist und zuschaut = eine Chance für die Betroffenen

Soziale und demokratische Schul- und Unterrichts-Reformen haben neben der restriktiv-neoliberalen Budgetpolitik, die aus Rücksicht auf ÖVP, Wirtschaftskammer und IV weiterhin auf vermögensbezogene Steuern verzichtet, wenigstens drei weitere ungesicherten Baustellen:

- **Bundskompetenz** für alle Schulen/PädagogInnen und **Umsetzungskompetenz für Schulen** bzw. Schulverbunde ("Autonomie"), **Landesschulräte als nachgeordnete Dienststellen des BMUKK**
- **Schulorganisation - Gesamtschule**, Sekundarstufe II mit berufsbildspezifischen Kooperationsmöglichkeiten BS-BMHS und Gymnasium NEU)
- Reparatur der **Dienstrechtsnovelle Pädagogischer Dienst** im Rahmen der Reform des Dienstrechts aller öffentlich Bediensteten: Ein Aufgaben und Zeitaufwand besoldungsrelevant definierendes und demokratisches LehrerInnen-dienstrecht (Jahresarbeitszeit, die an den Schulen über Diensterteilung auf die am Standort notwendigen Aufgaben abgestimmt wird, und Stärkung der Mitwirkungsrechte des Schulpersonals (individuelle und kollektive Personalvertretungs-Rechte) und der Schulpartner bei der Umsetzung des Bildungsauftrages. Ein modernes Dienstrecht, das Wertschätzung der pädagogischen Tätigkeiten und der dazu notwendigen vollakademischen Ausbildung durch den Dienstgeber dokumentiert, wäre eine solide Grundlage für Motivation und Engagement der vielen LehrerInnen, die vom Reformverhindern der ÖVP-FCG-LehrerInnengewerkschaftsfunktionäre genug haben, aber aus Angst vor weiteren „Reform“-Sparpaketen und wegen der laufenden Verdichtung der Arbeit an den Schulen die Anti-Reformpolitik insbesondere der ÖVP-AHS-Gewerkschafter nicht in Frage stellen.

Keine Einführung der Gesamtschule 2013-2018

Die Bundes-ÖVP, ÖVP-Standespolitiker in den LehrerInnengewerkschaften und machtbewusste Lan-

deshauptleute, die die LandeslehrerInnen der Volks- und Hauptschulen auch weiterhin als ihre (vom Bund bezahlten) Untertanen behalten wollen, haben dafür gesorgt, dass im Koalitionsabkommen das Wort Gesamtschule nicht vorkommt. Dem SPÖ-Chefverhandler war die Gesamtschule, für die er wie viele SPÖ-Politiker vor ihm natürlich, nur grundsätzlich ist, nicht so wichtig wie seinem ÖVP-Gegenüber das Zweiklassenschulsystem.

Vor Weihnachten, kurz nach ihrer Angelobung, hat die neue Bildungsministerin recht eigenwillig erklärt, dass sie am Ziel der Gesamtschulreform festhalten und mit reformoffenen Landesregierungen über Gesamtschulregionen reden will. Kaum sind die Heiligen drei Könige abgereist, streiten westösterreichische VP-Landeshauptleute mit ihrem Bundesparteiobermann (der ihnen ausrichten lässt, dass er kein Christkindl sein will) über die von Heinisch-Hosek aufgegriffene Frage von Gesamtschulregionen als erste Schritte zur gemeinsamen Pflichtschule. Die neue NMS-Hauptschule mit ihren 9 Landes-Mutationen wird doch nicht der große Wurf, der die soziale Selektion am Ende der Volksschule und das Nebeneinander von höherer Unterstufe und niedrigerer Hauptschule aushebelt.

Die Gesamtschulregion Vorarlberg steht nicht im Koalitionspakt

Modellregionen, wie sie schon von Heinisch-Hoseks Vorgängerin angedacht wurden, sind allem Anschein nach kein Rückzugsmanöver, sondern ein österreichischer Weg, die von ÖVP und GÖD jahrzehntelang verhinderte Reform der Sekundarstufe 2 in Gang zu bringen. In Finnland wurde die Gemeinschaftsschule erst in dünn besiedelten Regionen im Norden realisiert (allerdings mit dem politisch von allen Parteien getragenen Gesamtplan der schrittweisen Ausweitung bis in die Ballungsräume im Süden und Südwesten, wo es zu diesem Zeitpunkt noch starken Widerstand von GymnasiallehrerInnen gab), in Österreich bietet sich im Westen Vorarlberg als Einstiegsregion an:

- Die **Bevölkerungszahl und die Zahl der Schulen** ist überschaubar - anders als Tirol oder Salzburg eignet sich das Bundesland Vorarlberg als EINE Gesamtschul-Musterregion
- Die **LehrerInnen** sind, verglichen

nach dem Debakel von 35 und mehr Verhandlungsrunden **klare Eckpunkte gemeinsamer Dienstrechtsvorstellungen** erarbeitet (Jahresarbeitszeitmodell, Anerkennung aller LehrerInnen-tätigkeiten als Arbeitszeit – keine All-inclusiv-Anteile, Umsetzungskompetenzen und Diensterteilung an Schulen bzw. Schulverbunden, Rechenschaftspflicht der Schulleitung gegenüber der Schulgemeinschaft, Stärkung demokratische Mitbestimmungs- und PV-Rechte am Standort, Wahl der Schulleitung, ausbildungs- und leistungsgerechte vollakademische MA-Bezahlung ohne schulstufenabhängige Zulagen bei höheren Einstiegsgehältern und abgeflachtem Gehaltsverlauf?⁴

- Werden die GÖD-LehrerInnengewerkschaften **für im Interesse der KollegInnen notwendige Veränderungen der Arbeitsbedingungen mobilisieren** - für ein faires LehrerInnen-dienstrecht, das die Arbeit an den Schulen unterstützt, das Überforderung und Burn-out verhindert und Schule und Unterricht zu einem kinder- und menschenfreundlicheren Arbeitsplatz macht?
- Wird die GÖD beim von der Regierung geplanten allgemeinen Dienstrecht NEU **unbrauchbare Entwürfe zurückweisen und eigene Vorschläge präsentieren**, oder wie bei der LehrerInnen-dienstrechtsnovelle noch einmal abwarten und dann einen arbeitnehmerInnen-feindlichen und realitätsfremden Regierungsentwurf als Verhandlungsgrundlage für 35 Verhandlungsrunden akzeptieren?⁵

Diese Fragen können wir auch selber bedenken und beantworten:

JOIN THE UNION - CHANGE THE UNION!

Wer, wenn nicht wir ...

⁴ Vgl. dazu Diskussionsanlässe der ÖLI-UG 2010 www.oeli-ug.at/Dienstrecht.pdf, die wir nach den Erfahrungen 2012/13 ergänzen werden, - Diskussionsanlässe fürs PV-Wahljahr 2014

⁵ Vgl. dazu Antrag der UGöd auf Einberufung der GÖD-Bundskonferenz vom 9.1.2014 „...Die im Parlament von Paul Kimberger eingebrachte BürgerInneninitiative zur "Aufhebung der Dienstrechtsnovelle 2013 - Pädagogischer Dienst ("Neues Lehrerdienstrecht") und Gestaltung eines modernen, attraktiven und leistungsorientierten Lehrerdienstrechts" braucht die Unterstützung der gesamten GÖD, denn dieses neue LehrerInnen-dienstrecht hat auch negative Auswirkungen auf alle öffentlich Bediensteten (Dienstrechtsreform als Vehikel für Arbeitszeiterhöhung, Arbeitsverdichtung, All-inclusive, Mitbestimmungsrechte, Einkommen ... „Sparpaket“). Die offensive Ausarbeitung von für ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst und ihre Gewerkschaft unverzichtbaren Eckpunkten eines modernen Dienstrechtes durch die GÖD ist zur ergebnisorientierten Vorbereitung künftiger Dienstrechtsverhandlungen notwendig und unterstützt die LehrerInnengewerkschaften und die ARGE Lehrerinnen in ihrem Kampf für ein faires Dienstrecht und gegen die ohne sozialpartnerschaftliche Einigung am Tag vor der Großdemonstration am Ballhausplatz von SPÖ und ÖVP beschlossene Dienstrechtsnovelle.

mit allen anderen Bundesländern, über Schultypengrenzen hinweg gut vernetzt und in Zusammenarbeit mit Eltern, nicht erst seit Gehrler selbstbewusst-widerständig und daher bildungspolitisch offen für eine Gesamtschulreform. Die FCG-ÖVP hat auf Landesebene in den Personalvertretungen der BMHS, AHS und APS Minderheitenstatus. Im Bereich der AHS hat bei den PV-Wahlen die für die Gesamtschule aktive Vorarlberger LehrerInnen Initiative, die absolute Fachausschuss-Mehrheit gegen eine intensive proGymnasiums-Kampagne der FCG behauptet, die BMHS-LehrerInnen haben mit Zweidrittelmehrheit die VLI gewählt. Gewerkschaftlich ist die VLI in der Unabhängigen Bildungsgewerkschaft/UBG und in der UGÖD organisiert). Im APS-Bereich gibt es eine ÖVP-unabhängige Mehrheit, die mit der VLI kooperiert.

- Die Aufteilung der Kinder in HS/NMS und AHS-Unterstufe bereitet immer mehr **Eltern** Probleme, weil sie für ihre Kinder bzw. für jüngere Geschwister oft keinen AHS-Platz bekommen, weil die AHS bereits überfüllt sind (ähnlich ist die Situation in Tirol, wo die ÖVP-Sympathie für eine Gesamtschule zwar die FCG-AHS irritiert, aber von immer mehr bildungsbürgerlichen ÖVP-WählerInnen erwartet wird). Die NMS anstelle der HS löst das Problem weder in Vorarlberg noch in Tirol.
- Eine **Gesamtschulregion Vorarlberg** könnte für die Zeit des Modellregion-Versuches unter Kompetenz des bmukk (direkte Bezahlung der LehrerInnen) laufen, die Entscheidung über Personaleinsatz/Diensteinteilung könnte probeweise der Schule/bei kleinen NMS/AHS-Standorten deren Schulverbund

übertragen werden („Stärkung der Schulautonomie“ steht im Arbeitsprogramm der Bundesregierung)

- **SCHOG-, Dienstrechts- und PVG-Novellen** zur Ermöglichung des Gesamtschulmodell-Versuches sind mit einfacher Mehrheit zu beschließen, ob die Modellregion Vorarlberg eine 2/3-Verfassungsänderung braucht (LandeslehrerInnen der Sekundarstufe unter Bundes-Gesamtschulkompetenz) oder eine Vertragslösung Land-Bund genügt, ist strittig.
- Initiativen von **Landes-PersonalvertreterInnen** (FA AHS, FA BMHS, ZA APS), die von der FCG-ÖVP-Mehrheit in der GÖD unabhängig sind und die GÖD-Reformblockadepolitik ablehnen, in Richtung Landesregierung und bmukk könnten die begonnene Debatte vertiefen. BMHS hat zwar keine Unterstufe, ist aber über den verschränkten NMS-Personaleinsatz mit betroffen.
- Gespräche von LehrerInnenvertretung VLI und Elterninitiative mit **Landeshauptmann + Landtagsparteien** und der Neos könnten diese Initiativen ergänzen. Alle Vorarlberger Parteien mit Ausnahme der FPÖ haben sich für die Gesamtschule ausgesprochen. Vermutlich sind sie - mit Ausnahme der ÖVP - für die Bundeszuständigkeit über die Gesamtschul-Versuchsregion zu gewinnen, VS und BS blieben dabei weiter beim Land.
- Ähnliche Möglichkeiten hat auch die **Vorarlberger Elterninitiative für eine gemeinsame Schule**. Die letzte überparteilich gemeinsam mit VLI/UBG und anderen organisierte Großveranstaltung im November 2013 war dem

Schwerpunkt Finnische Schule gewidmet. Es gab Vorträge, eine Publikumsdiskussion des ORF-Vorarlberg, Workshops mit LehrerInnen...

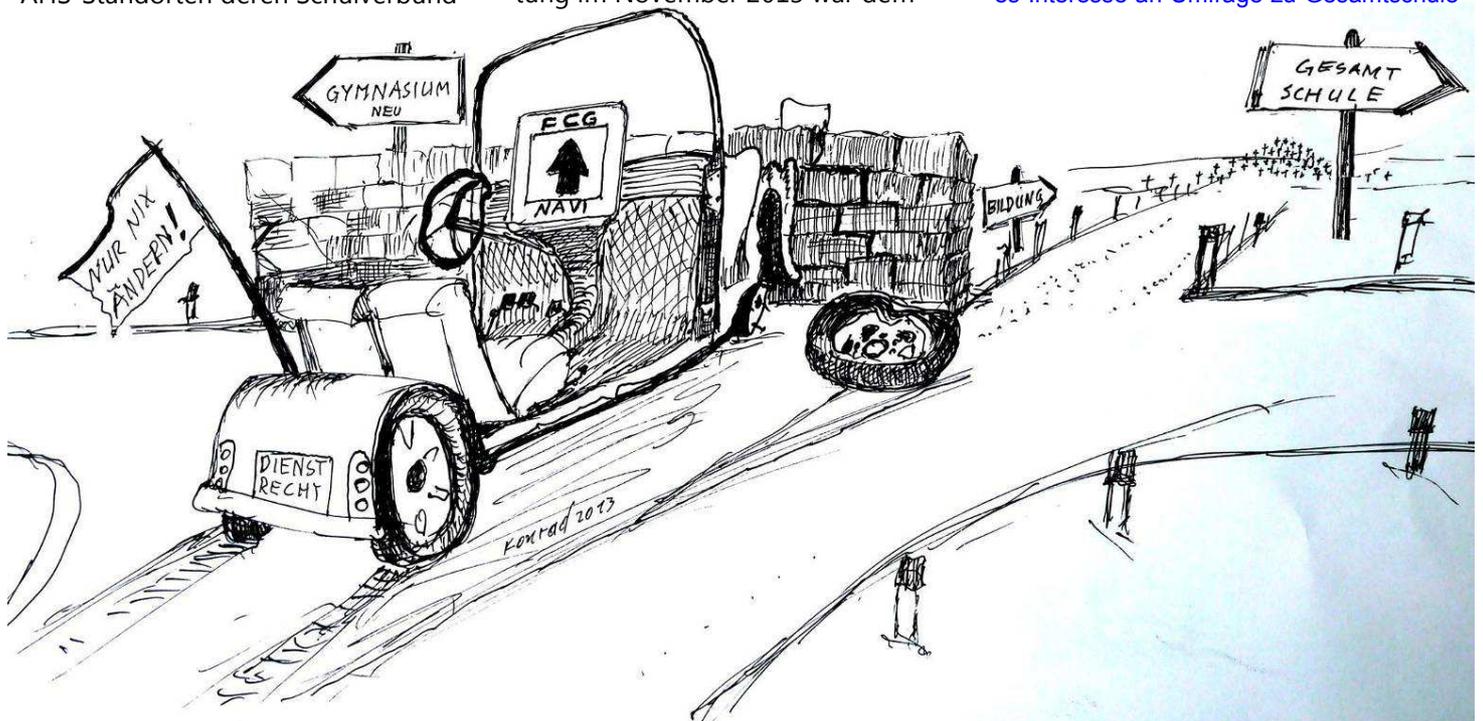
- Gespräche mit **ÖVP-GesamtschulbefürworterInnen**, mit **Grünen/Walser, Neos/Strolz, SPÖ/Mayer** (der wegen der Gesamtschulindolenz der Bundes-SPÖ den Bildungssprecher zurückgelegt hat) sollten im Vorfeld der Vorarlberger Landtagswahlen positiv wirken. Öffentliche Debatten unter Einbeziehung der **Sozialpartner ÖGB/AK** (AK-Wahlen in Vorarlberg in wenigen Wochen), **IV + BWK** (vgl. Bad Ischler Beschlüsse, ÖGB-Bildungsforderungen) wären ein weitere Möglichkeit.
- Auch die **ARGE Gemeinsame Schule** in Vorarlberg, ein überparteilicher und **überfraktioneller Zusammenschluss aller Lehrer/innen-Vertretungen, ElternvertreterInnen und Gewerkschaften**, kann einen wichtigen Beitrag leisten, **setzt sie sich doch schon seit 2007 sehr aktiv für die Gemeinsame Schule in Vorarlberg ein.**

Der Landtagswahldruck auf die Vorarlberger ÖVP ist groß, der Christkindl-Sager des Vizekanzlers am 8.1.2014 schadet dem Landtagswahlkampf der ÖVP, weil für Landeshauptmann Wallner weltoffene Profilierung gegenüber der reformorientierten Konkurrenz der Grünen und den unverbrauchten Neos angesagt ist.

Widersprüche tanzen.
Bewegung ist möglich.

Reinhart Sellner, 9.1.2014

Siehe auch Artikel über Vbg. Untersuchung: <http://derstandard.at/1388650535641/Grosses-Interesse-an-Umfrage-zu-Gesamtschule>



Buchempfehlung

Und es gibt ihn doch nicht – den großen Unterschied! Plädoyer für die Überwindung der Geschlechterkonventionen

Die amerikanische Neurobiologin **Lise Eliot** beschäftigt sich in ihrem Buch „**Wie verschieden sind sie**“ mit der Gehirnentwicklung bei Mädchen und Jungen. Wissenschaftlich lassen sich zwischen den Gehirnen von Mädchen und Buben vor und kurz nach der Geburt nur sehr geringe Unterschiede feststellen.

Erst im Laufe der kindlichen Entwicklung bis zur Pubertät sorgen äußere Einflüsse (Eltern, Schule, gesellschaftliche Konventionen) für jene markanten Abweichungen, auf denen die gängigen geschlechtsspezifischen Stereotype beruhen.

Aber genetische Erklärungen haben Konjunktur und daher werden Geschlechtsunterschiede auf angeborene, immanente, fest einprogrammierte Ursachen zurückgeführt. Angeleitet durch sogenannte neurowissenschaftliche Lerntheorien verkünden auch LehrerInnen gerne die frohe Botschaft vom Verschiedensein der Geschlechter.

Eliot widmet sich ausführlich der pränatalen Entwicklung, dem Einfluss der männlichen und weiblichen Hormone und der Geschlechtsidentität. Laut Untersuchungen ist Geschlechtsidentität nicht nur genetisch festgelegt, sondern auch zwischenmenschliche Faktoren haben Einfluss darauf, welchem Geschlecht sich eine Person zugehörig fühlt.

Im frühen Säuglingsalter sind tatsächlich kleine Unterschiede zwischen Mädchen und Buben feststellbar, doch ist hier das Gehirn weitaus formbarer als in jedem späteren Lebensabschnitt. Dazu folgen leicht anwendbare Tipps für Eltern auf die besonderen Bedürfnisse eines Mädchen oder Jungen einzugehen.

Immer wieder weist die Autorin darauf hin, dass diese geringen Unterschiede nicht unvermeidlich und unverrückbar seien, aber wenn im Kindergartenalter Buben und Mädchen auf die geschlechtstypischen Spielformen eingengt bleiben, verstärken sie nur Gehirnfunktionen, in denen ohnehin schon von Geburt an ihre Stärken liegen.



Die Annahme, dass bei Schuleintritt die Mädchen besser in Sprache und die Buben besser in Mathematik seien, treffe zwar auf die Begabtesten unter ihnen zu, nicht aber auf die große Mehrheit der SchulanfängerInnen. Lise Eliot geht auch auf das Problem der häufigeren Diagnose von ADHS bei Buben ein und der Tatsache, dass Buben heute schlechtere Noten als Mädchen bekommen. Dazu beschreibt sie in einem Kapitel Unterrichtsformen, die den Bedürfnissen von Jungen gerechter werden sollen. Eine ihrer Forderungen ist auch die nach mehr männlichen Lehrpersonen.

Selbst im Erwachsenenalter sind die meisten Geschlechterdifferenzen bei kognitiven Fähigkeiten und Persönlichkeitsmerkmalen kleiner als gemeinhin angenommen. Bei Kindern sind sie noch kleiner. In der Forschung zu Geschlechtsunterschieden stößt eine Studie, aus der sich ein statistisch signifikanter Unterschied zwischen Frauen und Männern ergibt, einfach auf mehr Interesse und hat daher größere Chancen auf eine Veröffentlichung als eine Studie in der kein Unterschied ermittelt wurde.

Doch sollte ein Geschlechterbewusstsein ohne die Unschärfe der Stereotype entwickelt werden. Die Annahme, Mädchen seien an Naturwissenschaften weniger interessiert oder Buben hätten keine Freude am Lesen, untergräbt den Zweck von Erziehung und Unterricht. Kinder richten sich an den Vorstellungen aus, die alle am Entwicklungsprozess Beteiligten von ihnen haben. Werden also Differenzen zwischen Mädchen und Buben betont, setzen sich auch diese Stereotypen in der Selbstwahrnehmung der Kinder fest und werden zu sich selbst erfüllenden Prophezeiungen. „Gerade aber in einer zunehmend komplexen und konkurrenzorientierten Welt sollten wir nicht zulassen, dass wir in alten Rollenmustern verharren“, meint Lise Eliot.

Lise Eliot: Wie verschieden sind sie? Die Gehirnentwicklung bei Mädchen und Jungen. Berlin Verlag 2010

Eine große Empfehlung!



Susanne Weghofer, Wien, weghofer@oeli-ug.at, Stützlehrerin, apflug-Personalvertreterin im DA 17. IB

Leserinnenbrief

Ich hab das Lehrerdasein aufgegeben und letztes Jahr gekündigt! Für mich haben Arbeitssituation und -aussichten überhaupt nicht mehr gepasst. Ich habe auch typische Gesundheitsprobleme bekommen und mich daher nach 32 Jahren verabschiedet. Ich wünsche euch viel Erfolg für den mühsamen Kampf um ein besseres Lehrerdasein! Viele liebe Grüße
P.M.